

Gebt dem KiBiz starke Flügel!

Paritätischer Wohlfahrtsverband Dortmund und seine Elterninitiativen fordern ein besseres Kinderbildungsgesetz

Dortmund, den 1. September 2007. Die Tageseinrichtungen für Kinder im Paritätischen Wohlfahrtsverband schlagen Alarm gegen das von der Landesregierung vorgelegte Kinderbildungsgesetz (KiBiz). Sie fürchten massive Einschnitte in die Betreuungsqualität bei steigenden Elternbeiträgen und unkalkulierbare Risiken für die Träger. Im Paritätischen sind dies vor allem Elterninitiativen, deren Mitglieder nicht nur die gesetzlichen Elternbeiträge aufzubringen haben, sondern auch das Trägerrisiko verantworten.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat deshalb zu einer Kampagne unter dem Motto "Gebt dem KiBiz starke Flügel" aufgerufen. Zum Start des neuen Kindergartenjahres sollen die Eltern und die Öffentlichkeit informiert werden.

"Wir fordern das Land auf, zu seiner Verantwortung für Kinder und Familien zu stehen! Wir erwarten von den Landtagsabgeordneten, insbesondere auch von den Regierungsparteien, sich für eine deutliche Verbesserung des Gesetzes einzusetzen", betont die Geschäftsführerin des Paritätischen in Dortmund, Marianne Schobert. Ohne Veränderungen des Gesetzentwurfes werde die Betreuungsqualität sinken, die Elternbeiträge steigen und Personal müsse zu Lasten der Kinder abgebaut werden.

Udo Katzorek, Fachgruppenleiter des Verbandes: "Anspruch und Wirklichkeit des Gesetzentwurfes klaffen drastisch auseinander. Gemeinsam mit den übrigen Wohlfahrtsverbänden werden wir diese Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen. Die Elterninitiativen beteiligen sich aktiv an den landesweiten Protesten und sie werden ihre Landtagsabgeordneten auf die Folgen des Gesetzes aufmerksam machen." Eine Möglichkeit, so Katzorek, sei der Aktionstag der Elterninitiativen im Paritätischen Wohlfahrtsverband in Dortmund am 6. September 2007 von 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf dem Friedensplatz und im Rathaus.

Unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Dortmund haben sich 52 Träger von Tageseinrichtungen für Kinder zusammen geschlossen. 50 davon sind Elterninitiativen. Die Organisationen haben Verantwortung für 54 Einrichtungen mit 84 Gruppen und rund 1.700 Plätzen, davon etwa 180 Plätze für unter 3-Jährige.

Kampagnenmaterialien und Informationen im Internet unter: www.aktion.paritaet-nrw.org

Dortmund, den 1. September 2007

gez.

Marianne Schobert

Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband Dortmund

Landesverband Nordrhein-Westfalen

DER PARITÄTISCHE – Friedensplatz 7 – 44135 Dortmund



**An die
Dortmunder Presse**

Per E-Mail

Kreisgruppe Dortmund
Geschäftsführung

Friedensplatz 7
44135 Dortmund
Telefon 0231/18 99 89 - 12
Telefax 0231/18 99 89 - 30
marianne.schobert@paritaet-nrw.org
Rückfragen an: Marianne Schobert

1. September 2007

Protestkampagne gegen geplantes Kinderbildungsgesetz (KiBiz) – Motto: Gebt dem KiBiz starke Flügel!

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Paritätische Wohlfahrtsverband hat zu einer Kampagne „Gebt dem KiBiz starke Flügel!“ aufgerufen und fordert ein besseres Kinderbildungsgesetz.

In Dortmund engagieren sich die im Paritätischen Wohlfahrtsverband zusammen geschlossenen Elterninitiativen und der Verband bereits seit Monaten für eine Verbesserung des geplanten Gesetzes.

In der Anlage finden Sie unsere Pressemitteilung sowie ein Foto zur Eröffnung der Kampagne mit der herzlichen Bitte der Veröffentlichung.

Textvorschlag für Fotozeile

Marianne Schobert (rechts), Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Dortmund, eröffnet die Kampagne „Gebt dem KiBiz starke Flügel“ durch ihre Protestunterschrift „so nicht, Herr Minister“. (von links) Nadine Wessels von der Villa Kunterbunt und Sabine Lohmann von der Kinderkiste freuen sich über die Unterstützung an ihrem Informationsstand zum geplanten Gesetz.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

gez.

Marianne Schobert
Geschäftsführerin



Aktionstag der Dortmunder Elterninitiativen im Paritätischen Wohlfahrtsverband zum geplanten Kinderbildungsgesetz (KiBiz) am 6. September 2007

Begrüßung und Statement des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

– es gilt das gesprochene Wort –

Begrüßung

Liebe Kinder und Eltern, liebe Vertreter und Vertreterinnen der Dortmunder Elterninitiativen, liebe Unterstützer und alle, die hier her gekommen sind, einen herzlichen Dank dafür! Ich begrüße Sie alle sowohl im Namen der Dortmunder Elterninitiativen als auch des Vorstandes des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Dortmund. Und es ist schön anzusehen, dass der Friedensplatz so rot erscheint – getreu dem Motto des Aktionstages „Wir sehen rot, das KiBiz bringt die Not“.

Besonders will ich all diejenigen begrüßen, die heute hier mit uns auf dem Podium stehen bzw. gleich stehen werden und uns ihre jeweilige Position zum geplanten Gesetz KiBiz kurz erläutern werden.

Anschließend werden Sie Gelegenheit haben, sich an den Informationsständen zu informieren, ihren Protest durch Unterschrift kund zu tun oder mit uns ins Gespräch zu kommen.

Ich begrüße also (Namen nennen)

Und ich will ausdrücklich feststellen, dass es unseren Elterninitiativen und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband darum geht, dass durch die Proteste gerade die Regierungspartien sich noch einmal ernsthaft mit den Argumenten aller Beteiligten auseinandersetzt und das KiBiz entsprechend überarbeitet wird.

Statement des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Heute, liebe Anwesenden, sind wir im Wesentlichen vereint in dem Protest gegen das KiBiz – und zwar nicht nur in Dortmund. Landesweit bleiben über 3.000 Kitas von rund 10.000 Einrichtungen geschlossen. Rund 200.000 Eltern werden landesweit protestieren.

Und das ist gut so! Ich hoffe, es werden bis zum landesweiten Protesttag am 15. September 2007 in Düsseldorf noch mehr Menschen sein.

Denn seit fast einem Jahr wird bereits über die Gesetzesänderung diskutiert, gerungen und inzwischen fast nur noch gestritten. Vor gut einem halben Jahr gab es endlich einen Kompromiss – zwar gab es keinen Grund zu jubeln, aber es bestand Hoffnung, dass die Gesetzesänderung dem Ziel näher kommen würde, nämlich **dass jedes Kind einen Anspruch auf Betreuung, Bildung, Erziehung und damit auf die Förderung seiner Persönlichkeit** hat. Doch letztlich hat Minister Laschet mit dem vorgelegten Regierungsentwurf den mühsam errungenen Kompromiss über den Haufen geworfen. Einzig und allein in den sehr allgemeinen Zielen gibt es noch eine gewisse Einigkeit.

Die Liste unserer Kritikpunkte ist fast genauso lang wie der Text des Regierungsentwurfes. Im Grunde ist das KiBiz ein Spargesetz. Die von der Regierung dargestellten Erhöhungen der Mittel von 150 Mio. € wiegen die vorherigen Sparmaßnahmen beispielsweise bei den Sachkosten und den Elternbeiträgen nicht auf. Außerdem werden sie verwandt für die Verringerung des Trägeranteils bei den konfessionellen Einrichtungen.

An vielen Stellen ist der Regierungsentwurf sehr unklar, so dass ich mich hier auf die wesentlichen Eckpunkte der Kritik konzentriere. Sie werden feststellen, dass es viele trifft – angefangen mit den Kindern, den Eltern, den Beschäftigten, den Trägern. Doch wenn Kinder unsere Zukunft sind, dann müssen wir doch in der Gegenwart beginnen, diese Zukunft gut zu gestalten.

So wie der Regierungsentwurf für das KiBiz aussieht:

- wird die Betreuungsqualität sinken – immer mehr Aufgaben bei gleichzeitig weniger Personal – 10 Kinder unter 3 Jahren mit zwei Fachkräften, wie soll das gehen, wenn es nicht ähnlich wie bei der Pflege „satt und sauber“ aussehen soll?
- werden die Elternbeiträge steigen – durchschnittlich nur 13% statt kalkulierter 19%, dass können weder die Kommunen noch die Träger auffangen
- ist Personalabbau vorprogrammiert – schon heute viele Bewerbungen von Erzieherinnen und Erziehern, bisheriger Personalstand, z.B. bei altersgemischten Gruppen höher

- wird das Trägerrisiko unkalkulierbar – Kindspauschale statt Gruppenpauschale –
Öffnungszeiten nach Portemonnaie statt nach Bedarf (des Kindes und der Eltern) –
bisher schon Öffnungszeiten mit mehr als die jetzt maximal angedachten 45
Wochenstunden

Die Situation von kleineren Trägern, wie dies häufig bei den Elterninitiativen der Fall ist, ist am schwierigsten. Die kleinsten Einrichtungen werden zu den größten Verlierern. Gerade die Dortmunder Elterninitiativen – viele von ihnen wurden gegründet, damit der Staat den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllen mussten – zeigen das, was von Politik häufig gefordert wird: gesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement. Dies tun sie in ideeller, praktischer und finanzieller Hinsicht. Denn die Mitglieder haben die gesetzlichen Elternbeiträge aufzubringen und zusätzlich tragen sie das Trägerrisiko und den Trägeranteil. Wir alle dürfen sie jetzt nicht „im Regen stehen lassen!“

Deshalb fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband vom Land NRW, zu seiner Verantwortung für Kinder und Familien zu stehen! Wir erwarten von den Landtagsabgeordneten, sich für eine deutliche Verbesserung des Gesetzes einzusetzen. Und das erwarten wir besonders von den Regierungsparteien!

Wir sagen: **so nicht Herr Minister!**

Wir rufen auf **Gebt dem KiBiz starke Flügel!**

Denn ansonsten **sehen wir rot, dass KiBiz bringt Not!**

Dortmund, den 6. September 2007

gez.

Marianne Schobert

Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband Dortmund



Pressemitteilung Nachbetrachtung des heutigen Aktionstages der Dortmunder Elterninitiativen gegen das KiBiz

Kinderbildungsgesetz (KiBiz) – so nicht Herr Minister! Dortmunder Elterninitiativen mit Protestveranstaltung zufrieden – erste Hoffnungsschimmer?

„Dass rund 500 Teilnehmer gekommen sind, zeigt uns die große Unzufriedenheit gegen das KiBiz in der heutigen Fassung. Gleichzeitig haben wir ein bisschen Hoffnung bekommen. Aufgrund der Wetterlage konnten wir die Protestveranstaltung ins Dortmunder Rathaus verlegen. Wir wurden zumindest hier nicht im Regen stehen gelassen“, fassten Ilona Lehnemann (Villa Kunterbunt) und Sabine Lohmann (Kinderkiste) aus Sicht der Veranstalter zusammen.

Es war ein beeindruckender Protest. Eltern und Erzieherinnen waren mit vielen Vertretern und Vertreterinnen aus Politik, Gewerkschaft und Verbänden vereint. Fast alle waren entsprechend des Mottos „wir sehen rot, KiBiz bringt uns Not“ in roter Kleidung erschienen. Mit phantasievollen Plakaten drückten sie ihren Protest aus. Mit einem Protestlied wurden auch die erschienenen Kinder mit einbezogen. Marianne Schobert, Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wies in diesem Zusammenhang auf das Dortmunder Bündnis gegen das KiBiz mit freien Trägern und den Dortmunder Landtagsabgeordneten hin. „Wir sind nicht alleine“, denn zeitgleich protestierten in ganz NRW rund 200.000 Eltern.

Fast alle geladenen Gäste von Monika Landgraf (Stadteltern Dortmund) über die Vertreterin von verdi bis hin zu Daniela Schneckenburger (Landesvorsitzende der Grünen) und Annegret Krauskopf (Landtagsabgeordnete der SPD) machten ihre Proteste gegen das geplante Gesetz deutlich. „Ich bin eine von Euch“, zeigte Annegret Krauskopf die Auswirkungen des geplanten Gesetzes auf die konkrete Arbeit in der Kita auf. Denn sie war vor ihrer Tätigkeit im Landtag als Kindergartenleiterin tätig und wusste genau, wovon sie spricht.

Nur Uwe Waßmann (CDU Dortmund) versuchte, das KiBiz zu verteidigen, wofür er lautstarke Buh-Rufe erntete. Doch er hatte ein Angebot mitgebracht. Im kleineren Kreis mit den Elterninitiativen, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und der CDU wolle man die Kritikpunkte noch einmal erörtern. Die Ergebnisse nehme die Dortmunder CDU dann Anfang Oktober mit zu einem Gespräch mit der Landtagsfraktion. Diese habe landesweit die örtlichen Fraktionen der Partei kurzfristig eingeladen.

Die Reaktion der KiBiz Gegner ist zu diesem Angebot eher verhalten. „Den mühseligen Kompromiss vor gut einem halben Jahr hat die Landesregierung durch den vorgelegten Regierungsentwurf verlassen“, erinnerten sie. Doch natürlich gäbe es einen Hoffnungsschimmer, wenn – vielleicht aufgrund der vielen Proteste – nun auch endlich bei der CDU möglicherweise ein Umdenken stattfinden würde. „Wir werden alle Versuche unternehmen, die Entscheidungsträger von unseren Argumenten zu überzeugen. Denn es geht um die qualitative Förderung der Kinder, eine Unterstützung der Eltern und auch um die Beschäftigten und die vielen engagierten Träger“, sagen die Veranstalter.